Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 50

Vorwort: Wer alles die Zeche bezahlt

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

KP mit Gott im Statut (2)
Sowjetideologie heute (7)
Direktoren im Laufgitter (8)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

3. Jahrgang, Nr. 50 **Bern, 12. Dezember 1962** *Erscheint wöchentlich*

Wer alles die Zeche bezahlt

Zur Angelegenheit des Osthandels sind einige interessante Vorfälle zu vermerken. Sie bestätigen die Richtigkeit der von uns wiederholt vertretenen Linie und unterstreichen die Notwendigkeit von Massnahmen der westlichen Welt, die immer noch auf sich warten lassen.

In *Oesterreich* haben kürzlich Parlamentswahlen stattgefunden. Die Volkspartei hat den Sozialdemokraten zwei Mandate abgenommen. Das ist nicht zuletzt dem Konto des sozialistischen Vizekanzlers Pittermann zu belasten, der als Chef der verstaatlichten Industrie eine beträchtliche Osthandels-Freudigkeit zum Ausdruck gebracht hat. So exportiert die verstaatlichte Industrie 26,6 Prozent ihrer Produktion in den Ostblock, während die Gesamtwirtschaft 17,1 Prozent dorthin ausführt. Nach den Wahlen hat Bundeskanzler Gorbach den Vormarsch seiner Partei mit Recht als erneutes Bekenntnis Oesterreichs zum Westen ausgelegt. Was geschah darauf?

Arbeiterentlassungen

Einige der Aufträge aus dem Ostblock wurden zurückgezogen. Die Sowjetunion und die Tschechoslowakei machten beispielsweise ihre Bestellungen auf warmgewalzte Bleche bei der Kremser Hütte der verstaatlichten VOEST (Vereinigte Oesterreichische Eisen- und Stahlwerke) *rückgängig*. Daraufhin musste in dieser Hütte 200 Arbeitern von 1000 gekündigt werden. Aus dem gleichen Grunde könnte es im Stahlwerk Ternitz, in den Eisenwerken St. Aegyd, im Aluminiumwalzwerk Marktl sowie in den steirischen Magnesitwerken zu weiteren Arbeiterentlassungen kommen. Das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl. Er beweist, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit bereits in politische Währung gewechselt werden kann. Mit diesen aus taktisch-politischen Gründen zurückgezogenen Aufträgen soll Oesterreich vor einem allzu westlichen Kurs abgehalten werden.

Theorie und Praxis

Dass unter solchen politischen Schwankungen im Aussenhandel gerade die Arbeiterklasse die erste Zeche zu bezahlen hat, sollte bei einigen Personen besonders zu denken geben. Die Propagandisten des Ostblocks versuchen ja immer auch mit dem sozialen Moment für den Osthandel zu werben. Martin Beetzmann schrieb kürzlich in der Ostberliner Zeitschrift «Wirtschafts-Wissenschaft», dass «den Arbeitern, die in der Produktion der für die sozialistischen Länder bestimmten Waren beschäftigt sind, bei Absatzstockungen oder Kurzarbeit nicht in gleicher Weise Arbeitslosigkeit droht, wie ihren Arbeitsgenossen». Auch hier ist einmal mehr die kommunistische Theorie durch die kommunistische Praxis entlarvt worden. Die Kündigungen bei der Kremser Hütte beweisen es augenfällig.

Gelieferte Stücke

In der *Tschechoslowakei* hat am Kongress der Kommunistischen Partei Antonin Novotny mit bemerkenswerter Offenheit eingestanden, dass die katastrophale Lage der tschechoslowakischen Industrie *durch zunehmende Importe aus der freien Welt überbrückt werden musste*. Damit hat er zugleich zugegeben, dass den westlichen Exporten nach dem Ostblock ein *nennenswerter Anteil am Machtaufbau des Kommunismus zufällt*. So werden zahlreiche westliche Warnungen bestätigt, worüber sich allerdings die Warner selbst gar nicht etwa freuen können.

Dass einige unter uns den Ast absägen, auf dem wir sitzen, wird auch aus andern Quellen bestätigt. Der Handel mit der freien Welt muss im Ostblock den Funktionären ja ein Dorn im Auge sein. So schrieb Helga Seifert aus Pankow in der *Ostzone*, Sitz des Ulbricht-Regimes, der «Jungen Welt» einen Brief: «Mein Vater ist im Zweiten Weltkrieg gefallen. Krupp hat an diesem Krieg bekanntlich Millionen verdient. Und mit Leuten von dem Schlage treiben wir heute noch Handel? Das verstehe ich nicht.» Darauf nun die Anwort, die ausweicht und sich windet: Handel ist Handel, Politik darf nicht von Empfindungen geleitet sein, und sicher würde Ulbricht lieber mit einem volkseigenen Betrieb in Essen handeln. «Aber den gibt es eben noch nicht.» Und dann kommt das Eingeständnis: «Letzten Endes handeln wir mit Krupp, um unseren Arbeiter- und Bauernstaat wirtschaftlich zu stärken ...» Auch hier steht es schwarz auf weiss: die Industrie-Exporte aus der freien Welt tragen zum Aufbau jenes Systems bei, das eben diese freie Welt beherrschen will.

Keine Ausreden

Man wende nicht ein, dass die freie Welt doch niemals so dumm sein könne. Es gibt — auch in der jüngsten Geschichte — genügend Beispiele für solche Dummheiten, die an den Rand des Abgrundes geführt haben und zuweilen auch mitten hinein.

Und man wende nicht ein, dass wir ja doch nichts dagegen tun können, solange die «Industrie» und die «Hochfinanz» an diesen Geschäften interessiert sei. Es gibt eine grosse Mehrheit von Geschäftsleuten, die mit schädlichen Ostgeschäften nichts zu tun hat.

Aber es gibt auch unter ihnen eine kleine Minderheit — wie überall —, die das Einzelinteresse in sträflicher Weise über das Allgemeininteresse stellt. Ihnen das Handwerk zu legen, ist nicht leicht, aber durchaus nicht unmöglich.

Nötige Massnahme

Wollen wir nicht dem Gegner helfen, der uns beherrschen will, dann müssen wir den Osthandel politisch lenken. Auch das ist nicht unmöglich, wie schwer es immer sein mag. Voraussetzung dafür ist allerdings die korrekte Haltung eines jeden, der mit unermüdlicher Bereitschaft sich für die Belange der Freiheit einsetzt.

Ihr Memo

Unsere Werbeaktion der Leser verläuft erfreulich. In ihrem Rahmen wurden uns bis Montag insgesamt 357 Neuabonnenten gemeldet. Auch diese Nummer enthält ein Bestellformular, für dessen Zustellung wir zum voraus danken.

Solange der Osthandel nicht einwandfrei gelenkt und als politische Waffe gehandhabt wird, solange auf die Ausfuhr von Kapitalgütern, Werkzeugmaschinen und Fabrikationseinrichtungen nicht verzichtet wird, und zwar von allen Ländern der freien Welt, solange sollte auch kein Konsumgut aus einem kommunistischen Lande gekauft werden. Diese Konsumgüter sind nichts anderes als die Bezahlung der Kapitalgüter, die wir liefern.

Aber solche Käufe dürfen nicht nur dann verweigert werden, wenn es gerade Mode ist und zum guten Ton gehört, wie etwa vor einem Jahr. Sie müssen verweigert werden — und das sei unsere Haltung — *bis die korrekte Lenkung des Osthandels durch die EWG, durch die OECD oder durch eine besondere Institution gewährleistet ist.*

Der Boykott wird als unfein und unschön empfunden. Auch dann, wenn es auf die Erhaltung der freien Marktwirtschaft gerichtet ist. In den USA ist er gar verboten. Daher wird dort gegenwärtig aufgerufen, in bestimmten Geschäften kommunistische Waren zu kaufen. Und jedermann versteht es ...

Peter Sager.